

**Wirtschaftsorientierung und
Gemeinwesenorientierung
-
unversöhnlicher Gegensatz
oder mögliche win-/win-Situation**



Leitung: DDr. Nikolaus Dimmel

Begleitung: Mag. Friedrich Fehlinger

Die Inhalte...

- Zum Workshop-Titel bzw. über win-win-Situationen wurde eigentlich kaum gesprochen
- Nikolaus Dimmel berichtete eingangs über ein Forschungsprojekt über ein Café, in dem PsychiatriepatientInnen im Service arbeiteten als Beispiel für einen gemeinwesenorientierten Wirtschaftsbetrieb
- In der Diskussion ging es dann hauptsächlich um geeignete Arbeitsorganisationsformen und Fördermodelle für Personen, die in SÖB's nicht mehr zielführend beschäftigt werden können

Conclusio:

- Zielgruppenbezogen machen unterschiedliche Formen Sinn => sowohl Subjekt- wie Trägerförderungsmodelle
- Verstaatlichungsvariante für Personen, für die man sonst kein placement findet, etwa in Form einer Gebietskartellierung bei zentral gesteuertem Management (Beispiel Regionalmanagement)



Die Inhalte im einzelnen ...

- Problem: Beschäftiger für gemeinwesenorientierte Projekte zu finden (für Menschen, die besondere Einschränkungen haben) => unterschiedliche Bereitschaft von Bürgermeister*innen - wer macht das Management? => Abrechnungstechnik ???
- Beispiel Steiermark: auf Basis der GBB-Richtlinie (nur Personalkostenabrechnung, keine Sachkosten) wurde eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet. Diese verleast TAK's an Firmen (zB. Abfallentsorger => beschäftigt zusätzliche MA um 15,- Euro/Stunde => Beschäftigungsgesellschaft managt den Personaleinsatz)
- Auch aus anderen Bundesländern werden praktische Beispiele berichtet => Trägervereine in Oberösterreich (FAB, Basar GmbH, etc.)
- Waff: Integrativer Humanressourcencluster – je nach Schwere des Falles 24 bis 6 Monate Förderung => normaler Betrieb



Inhalte...

- Vergaberechtsthematik bei Ausschreibungen => wieweit können Gemeinden Projekte beauftragen? Preisdumping (auch durch private Anbieter)
- Gemeinden sind tw. ausgeschlossen von der Möglichkeit, MA unter Rahmenbedingungen des integrativen Arbeitsmarktes zu beschäftigen (BSB-Kontext)
- Erste Lösungsvorschläge tauchen auf:
 - ZB. **zentrale Steuerungsstrukturen** – große Einrichtungen, die auf Basis von Standards diese Beschäftigungen managt oder: „**social firms**“, die Problemgruppen auf Basis einer Subjektförderung beschäftigen, sollten bei Auftragsvergaben bevorzugt werden
 - Es gibt Systeme (Bsp. Australien) wie man „Minderleister“ beschäftigen kann



Ihre Inhalte...

- Aktion 8000 => Schaffung von Arbeitsplätzen für bestimmte (vermittlungseinschränkte) Personen wird als win-win-Situation zitiert (hatte aber auch die „unlautere Wettbewerbsdebatte“ provoziert)
- Win-win-Situation wird hinterfragt => gilt nur kurzfristig => in Wirklichkeit wird gefragt: „Was bringt mir Mehrwert“ => können wir wirklich Arbeitsplätze schaffen die nicht in Beschäftigung befindliche Personen verdrängen? Könnte hier Subjektförderung statt Trägerförderung helfen?
- Für solche Querschnittsmaterien ist die Politik gefordert (Beispiel Gesundheitsprobleme älterer Arbeitnehmer, die zwischen Betrieb, AMS, BSB, AUVA, PV, GKK, Gemeinde, Land, ... wie eine heiße Kartoffel weitergereicht werden, für die sich niemand zuständig fühlt, solange die Einrichtung nicht auf Grund eines Gesetzes dazu gezwungen wird => zB. in Form gemeinsamer Finanzierung



Ihre Inhalte...

- Overhead-Thematik (Beispiel ESF-Förderungsabrechnung) => super teure Administrationskosten => wenn die öffentliche Hand bestimmte Personen beschäftigen will, kann sich die öffentliche Hand die Leute selber anstellen (Vertragsbedienstete) => individuelle, kapazitätsorientierte Vereinbarungen => keine Schnittstelle öffentliche Hand – freie Träger => Beispiel: Job-Impuls des Magistrats Linz => eigene Struktur
- Graz => stadteigene Strukturen oder Beteiligung an gemeinnützigem Träger
- Kultur des Förderwesens => beim Träger kann man leichter sparen als bei sich selbst => Gefahr, dass große Träger zu mächtig werden oder Unwillen, die Probleme im eigenen Haus zu haben
- Radikaler Ansatz: Subjektförderung => Liberalisierung des sozialen Arbeitsmarktes => Konkursgefährdung freier Träger



Ihre Inhalte...

- Vorhaltegebot => wenn ein Träger in Konkurs geht, hat der Klient einen Anspruch, die Dienstleistung vom Land zu bekommen => ganz frei wird dieser Markt nie sein
- Vergleich: Beschäftigungsgesellschaft vs. SÖB => Beschäftigungsgesellschaft rechnet nach Eckkosten ab; Gut geeignete TAK's kann sich die Beschäftigungsgesellschaft auch behalten, wenn diese über Umsätze finanziert werden können. Auch bei der Entscheidung, welche Dienstleistungen angeboten werden. Geht bei SÖB nicht => Aufstockung muss mit AMS verhandelt werden
- In OÖ kann sich der SÖB nicht aussuchen, wen er nimmt => AMS wird vernünftigerweise Personen trotzdem nicht zuweisen, wenn die Aussichten schlecht sind



Conclusio ...

- Zielgruppenbezogen machen unterschiedliche Formen Sinn => sowohl Subjekt- wie Trägerförderungsmodelle
- Verstaatlichungsvariante für Personen, für die man sonst kein placement findet, etwa in Form einer Gebietskartellierung bei zentral gesteuertem Management (Beispiel Regionalmanagement)